

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 98 (2018)
Heft: 1062

Artikel: Rechtspopulismus
Autor: Hoffmann, Christian P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-816206>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FREIE SICHT

Rechtspopulismus

Vor der «Europawahl» zittert die EU vor dem Rechtspopulismus – und mutmasst, woher er sich speist. Prominente Linke argumentieren, Rechtspopulisten seien politische Rattenfänger, die *berechtigte soziale Sorgen* auf Kosten von Minderheiten ausschalteten. Unter Konservativen glaubt man, es mit *besorgten Bürgern* zu tun zu haben, die ihre lang unterdrückte Unzufriedenheit mit der Sicherheitspolitik etablierter Parteien endlich öffentlich kundtäten. Was stimmt?

Auch die Forschung befasst sich mit dieser Frage. Immer mehr Studien zeigen, dass die wirtschaftliche Lage der Bürger, also soziale Sorgen wie ökonomische Ungleichheit oder staatliche «Vernachlässigung», nicht die Gründe für den Erfolg der Populisten sind. Der Think Tank Agenda Austria verglich kürzlich Daten aus 14 Ländern und kam zu diesem Ergebnis, eine aktuelle Studie der Uni Leipzig untersuchte AfD-Anhänger und sekundierte: mit sozialen Wohltaten oder mehr Geld für Polizisten lassen sich ihre Wähler nicht «zurückkaufen». Was treibt sie dann um? Einfache Antwort: es ist die Ausländerfeindlichkeit, also die *generelle Ablehnung* von Migration und die Angst vor «Überfremdung». Sie lässt jedes sozialpolitische Rezept verpuffen. Das ist eine Herausforderung für die Linke, aber auch für die Rechte, denn deren Protagonisten wiederholen gebetsmühlenartig: «Wir sind nicht ausländerfeindlich!» Mag sein. Aber ihre Wähler sind es. Nennt man das Kind beim Namen, gibt es drei Ansätze der Reaktion: 1. Verbot und Verfolgung von Ausländerfeindlichkeit, wie sie die Linke fordert. 2. Staatliche «Aufklärung» von Xenophoben, wie sie moderate Konservative bevorzugen. Oder 3. und schlicht liberal die Akzeptanz von Fremdenfeindlichkeit als verbreitete politische Präferenz, die man in der öffentlichen Debatte verhandeln muss. Egal, in welche Richtung es 2019 geht: Ersparen kann man den Bürgern jedenfalls ebenso teure wie nutzlose Programme der Wählerbestechung.

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

Metamorphose einer Liberalen

Schreib auf, was du denkst», rief der Chefredaktor vor 2,5 Jahren am Telefon. Ich? Ein Wort, das bis anhin in meinen Texten nicht vorkam: Im pseudoneutralen «man» hatte ich stets meine Ansichten untergebracht, wie alle anderen Kommentatoren des politischen Geschehens. Das war mein Thema: nicht nur die monatliche Kritik einer politischen Debatte lohnt, sondern vor allem diejenige an einer von Männern geformten Debattenkultur, weil sie mitunter genau da aufhört, wo es spannend wird.

Je mehr Zeit verstrich, desto vogelfreier wurde ich, meine – wie CVP-Präsident Gerhard Pfister über Twitter verlauten liess – «liberal-feministische Kritik» zu pflegen. Auch wenn Pfister stets ein dank- und streitbarer Leser meiner Texte war: die eigentlichen Adressaten waren die Liberalen, und dass von ihnen wenig geistreiches Feedback kam, ist für mich ein weiterer Hinweis darauf, dass, wer sich hierzulande liberal nennt, damit meist nur «wirtschaftsliberal» meint. Also: Gesellschafts- wie Rechtsstaatspolitik «so mitnimmt», wenn sie «sich denn nicht vermeiden» lassen. Hier öffnet sich ein Graben zwischen einer neuen liberalen Bürgerrechtsbewegung im Land und jenen, die eigentlich Konservative sind. Minderheitenrechtsschutz? Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Privatsphäre für alle? Mehr Transparenz in der Politik? Mehr Partizipation der Frauen in der Wirtschaft? Überall herrscht Handlungsbedarf, und eigentlich sind das Chancen, sich freiheitlich-fortschrittsoptimistisch in Stellung zu bringen und Politik zu machen, die nicht Geschenke verteilt und abhängig macht – sondern es Ihnen und mir ermöglicht, unsere Potenziale zu nutzen.

Ich hoffe, dass bei Ihnen daheim die eine oder andere Debatte aufgrund einer meiner Kolumnen geführt wurde, denn ehrlich-kritischer Diskurs ist für unser Land ein besonders hohes Gut – und die niederschwelligste politische Partizipation. Mit dieser letzten Kolumne für den «Monat» danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Auch Ihnen, Herr Pfister!

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.